

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callenberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Sebnitz, Marienau, den Müllengrund, Rabschnappel und Tirschnitz.



Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 15.— Mf. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 45.— Mf. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 60 Mf.

Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 2.— Mf. für auswärtige Besteller mit 2.25 Mf. berechnet. Im Restame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 4.50 Mf., für Auswärtige 5.— Mf. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 897.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callenberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 84

Sonnabend, den 8 April 1922

72 Jahrgang

In das hiesige Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 468 die offene Handelsgesellschaft in Firma Querengässer & Rohlschmidt in Lichtenstein-Callenberg und als Gesellschafter die Fabrikanten Johann Heinrich Hugo Karl Querengässer und Paul Richard Rohlschmidt, beide in Lichtenstein-Callenberg. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung von Strick- und Wirkwaren und Vertrieb im Großen.

2. auf Blatt 404 die Firma Albert Kiesel in Lichtenstein-Callenberg und als deren Inhaber der Strickwarenfabrikant Gustav Albert Kiesel daselbst. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung von Strickwaren und Vertrieb im Großen.

Amtsgericht Lichtenstein-Callenberg, den 7. April 1922

Handelschule Lichtenstein-C.

Anmeldungen werden noch entgegengenommen für I. die Lehrabteilung: 3jährig. Schulgeld 300 Mf. jährlich

II. die Fachabteilung: für nicht mehr fortbildungspflichtige junge Leute beiderlei Geschlechts bis zu 21 Jahren (Werkmeister Buchführung, Schriftwechsel, Handelsbetriebslehre, 5 Stdn 1 mal in der Woche) Schulgeld Mf. 300 jährlich.

III. Handelsmittelschule für Knaben und Mädchen, zweijähriger Lehrgang.
1. Jahr 31 Stdn. 600.—
2. Jahr 10 Stdn. 200.—

Im 2. Jahre treten die Schüler in die Lehre ein. Die Aufnahmeprüfung findet am 19. 4. 22. nachmittags 1 Uhr statt.

St.-Rt. Arno Weiß,
Direktor.

Städtische Gewerbeschule

mit Web- und Wickelabteilung.

Die Anstellung

der im Schuljahre 1921-22 gefertigten Zeichnungen, der Lehrmittel und der von den Abteilungen der Weber, Wicker und Schneiderinnen gefertigten praktischen Arbeiten ist geöffnet:

am Sonntag, den 9. April, von 2-5 Uhr.
Zur Besichtigung wird hiermit ergeben eingeladen.
Lichtenstein-Callenberg, am 29. März 1922.

Die Lehrerschaft.

Spartasse Sobndorf (Bez. Chemnitz).

Zinsfuß 3 1/2%. Tägliche Verzinsung.

Postfachkonto Leipzig Nr 21488.
Gemeinde-Girokonto Nr. 2. Strengste Geheimhaltung.
Hauptgeschäftliche Aufzeichnung, An- und Verkauf von Wertpapieren.

Geschäftszeit: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, von früh 7-12, nachmittags von 2-4 Uhr. Mittwoch und Sonnabend früh 7 bis mittag 1 Uhr, desgleichen vor sonstigen Festtagen. Vermittlung von Lebens- und Rentenversicherungen der öffentl. Lebensversicherungs-Anstalt sächsischer Sparkassen.

Kurze wichtige Nachrichten.

Die von demokratischer Seite angeregte Umbildung der sächsischen Regierung wird in einer Ausföhrung der „Dr. Volkswirtschaft“ abgelehnt.

Die strengen besagten Maßnahmen in Duisburg führen zu schiefen Zusammenhängen der Arbeitslosigkeit mit belgischem Kapital. Die Betrugsbekämpfung hat deshalb den verhängten Be-

lagerungszustand über den Bezirk verhängt. Die Lokale müssen bereits um 6 Uhr schließen.

Der Reichsrat lehnte in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes gegen die Schlenkerei ab aus der Erkenntnis, daß der Weg nicht gangbar ist. Es würde zu widersprechenden Entscheidungen kommen, womit dem Strafrecht nicht gedient wäre.

In der letzten Nummer der „Freiheit“ schreibt Karl Rautsch am Schluß eines Artikels: „Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es im Interesse des Proletariats liegt, die sofortige Einigung zwischen der SPD. und der USV. herbeizuföhren, da zwischen beiden Parteien keine Differenzen mehr vorhanden sind, die groß genug sind, um eine fortbauende Spaltung zu rechtfertigen.“

Große Schneefälle gehen fortgesetzt in den sächsischen Gebirgen nieder. Auf dem Kamme des Riesengebirges und in den Glaser Bergen liegt der Schnee bis 80 Zentimeter hoch.

Eine gestern in Spandau abgehaltene Eisenbahnerversammlung beschloß, neue Lohnforderungen zum 1. Mai aufzustellen.

Da sich Rußland von der Genövefer Konferenz nichts verspricht, so wird mit Hochdruck an der Schlagfertigkeit der roten Armee gearbeitet. Sogar die Eisenbahnwaggonparks, die von ausländischen Mächten zur Verfügung gestellt worden waren, um den Lebensmitteltransport nach dem Hungergebiet zu verrichten, wurden für Truppentransporte requiriert.

Die Not der Presse im Reichstage.

Berlin, 7. April.

Am Regierungstisch Reichswehrminister Dr. Geßler. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Die auf der Tagesordnung stehenden drei kleinen Anträge können nicht erledigt werden. Präsident Löbe stellt dabei fest, daß jede der kleinen Anträge dem Reiche nicht weniger als 710 Mark kostet. (Lebhaftes Hört, hört!) Er bittet dringend, dieses bei der Stellung von Anträgen zu beachten.

Das Ultimatum-Versorgungsgezet wird nach kurzer Befürwortung durch den Reichswehrminister Dr. Geßler angenommen. Danach erhalten die Soldaten, die nach dem Ultimatum vom 5. Mai 1921 entlassen worden sind, als Entschädigung die Versorgung, die ihnen beim Vortreten von Dienstunfähigkeit nach dem Wehrmachtversorgungsgezet zugewiesen wäre. Das Gesetz zur Erhöhung von Geldbeiträgen in der Unfallversicherung wird angenommen.

Soziale Fürsorge für die Heimarbeiter.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Einbeziehung der Heimarbeiter in die Kranken- und Invalidenversicherung.

Ein Antrag aller Parteien, wonach die erhöhte Wochenhilfe auch in den bereits laufenden Fällen gewährt werden soll, wird angenommen.

Angenommen wird ein Antrag des Beamtenausschusses, der bis zum Wiederzusammentreten des Reichstages eine Denkschrift über die gleitende Gehaltskala fordert.

Die Not der Zeitungen.

Auf der Tagesordnung steht dann ein Antrag Löbe (Soz.), der von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unterzeichnet ist und einen Gesetzentwurf fordert, durch den der Not der Zeitungen auf wirtschaftlichem Gebiete wirksam gesteuert wird. Abg. Löbe (Soz.) begründet ausführlich den Antrag.

Eine Regierungserklärung.

Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Hirsch erklärt namens der Regierung, daß sie sich der schweren Gefahr der Preissteigerungen im Zeitungsgewerbe für die politische und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes sehr wohl bewußt sei. Im ersten Vierteljahr 1922 sei ein fünf- und zwanzigstel der deutschen Tagespresse eingegangen, ehe noch die jetzige Preissteigerung eingeleitet hatte. Man müsse eine Beschleunigung dieses Zusammenbruchs befürchten. Eine Annäherung der Bezugspreise für Zeitungen an die Geldentwertung sei schwer. Die Reichsregierung werde daher alles tun, was bei der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage vertretbar sei, um diesen Uebegang zu erleichtern. Besonders schwierig sei die Lage der deutschen Presse in den besetzten Gebieten, weil dort die Teuerung schneller vor sich gehe und die Presse ganz besonders große nationale Interessen zu wahren habe. Die Regierung werde daher im Sinne des vorgelegten Antrages die Möglichkeiten und Wirksamkeiten der verlangten gesetzlichen Maßnahmen in engster

Zählung mit den verfassungsmäßig beteiligten gesetzgebenden Körperschaften prüfen und schnellstens fördern. Schon vor der Einbringung der geforderten Vorlage werde die Regierung im Verwaltungswege die Tarife ermäßigen und die Ausführungsgewinne zur Verbilligung des Papiers heranziehen.

Durch einen Änderungsantrag wird der Antrag auch auf Zeitschriften ausgedehnt. In dieser Form wird er dann einstimmig angenommen.

Es folgt der Etat des Reichsministeriums des Innern. Hierbei entspinnt sich eine lebhafte Debatte über die Schutzpolizei. Ein Redner behauptet, Preußen und Sachsen haben sich in dieser Frage als unfähig erwiesen, das Reich müsse eingreifen. Dr. Gradnauer weiß Angriffe auf Sachsen zurück und verspricht, für Vorlegung der sächsischen Dienstausweisung für die Kommissare zu sorgen. Inzwischen ist eine Entschlieung Koch (Dem.) und Schreiber (Ztr.) eingegangen, die die Reichsregierung ersucht, ihren Einfluß auf die Länder geltend zu machen, damit die Schutzpolizei ein von parteipolitischen Tendenzen freies Instrument ist, das in voller Unparteilichkeit der Durchführung der öffentlichen Ordnung dient. Minister Seevering nimmt Preußen gegen die erhobenen Vorwürfe in Schutz. Nach weiterer Debatte schließt um 1/8 Uhr die Aussprache. Die dauernden Ausgaben für Polizei und Nothilfe werden bewilligt.

Beim Reichsrat für Rückwanderung und Auswanderung schildert Abg. Eberlein (D. Vpt.) die geistige Not der 24 000 nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge. Besondere Schwierigkeiten bereite die Seelorge. Ein schändbares Kapitel ist die Tätigkeit der

Fransösischen Fremdenländerwerber

in Deutschland. Wöchentlich werden Hunderte junger Leute deutscher Herkunft aus Oberschlesien verschleppt. Das ist ein unwürdiger Menschenhandel. Dagegen müsse der Reichstag Einspruch erheben. In Marokko sind jetzt 12 000 junge Deutsche bei der Fremdenlegion. Frankreich will die Fremdenlegion verdoppeln und greift dabei vornehmlich auf deutsche Mannschaften. Die Werbung geschieht mit den verwerflichsten Mitteln.

Nach weiterer Aussprache wird der Haushalt für das Reichsministerium des Innern erledigt. Ebenso erledigt werden zahlreiche Bittschriften. Angenommen wird ein gemeinsamer Antrag aller Parteien, wonach die

Diäten für die Reichstagsabgeordneten

auf monatlich 5000 Mark erhöht werden.

Eingegangen ist noch eine Interpellation Dr. Strejemann (D. Vp.), die anfragt, ob tatsächlich zwischen England und Frankreich Verhandlungen schweben, die das Rheinland demselben Schicksal ausliefern wollen, wie das Saargebiet.

Der Präsident wird ermächtigt, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. Sie soll nicht nach dem 2. Mai stattfinden. Der Präsident schließt dann die Sitzung und wünscht der Konferenz in Genua guten Erfolg. Eine dauernde Gesundung könne nur durch eine Revision des Friedensvertrages erreicht werden. Er mahnt die Staatsmänner, Schritte gegen die Teuerung zu tun, damit Katastrophen vermieden werden.

Schluß 9 Uhr.

Am Vorabend von Genua.

Genua steht unmittelbar vor der Tür. Die Geburtsstunde des Entdeckers von Amerika wird in den nächsten Wochen noch öfter genannt werden, als in der jüngsten Zeit, denn man legt dort die letzte Hand an die umfassenden Vorbereitungen zur Abhaltung einer Völkertagung von einem Umfang, wie ihn die Weltgeschichte wohl seit dem Wiener Kongreß kaum erlebt hat. Wenn man nach der Zahl der dort vertretenen Länder und der Teilnehmer urteilen wollte, müßte man der Konferenz einen Riesenerfolg voraussetzen dürfen; leider aber muß man sich heute schon mit dem Gedanken abfinden, daß das Ergebnis im umgekehrten Verhältnis zu dem gewaltigen in Bewegung gesetzten Apparat stehen wird. Einer der maßgebenden Teilnehmer hat auf die Frage, wie lange wohl die Verhandlungen dauern würden, zur Antwort gegeben: Eine Woche, wenn nichts herauskommt — mindestens vier Wochen, wenn ernsthaft verhandelt wird und ein leidliches Ergebnis zu erwarten ist.